

Hochwasserschutz umsetzen

Erste Bauabschnitte im Auenviertel sollen im Mai beginnen

von **PETRA WISCHGOLL**

RODENKIRCHEN. Zum Thema Hochwasserschutz überbrachte Hubertus Oelmann von den Stadtentwässerungsbetrieben (Steb) der Bezirksvertretung eine gute und eine weniger gute Nachricht. Zuerst die gute: Das Hochwasserschutzkonzept aus dem Jahr 1996 soll nach acht Jahren Wartezeit „so schnell wie möglich umgesetzt werden“. So sind im Auenviertel zwei Bauabschnitte geplant, die zu einem Hochwasserschutz von 11,30 Meter führen sollen. Den erste Abschnitt könne man schon im Mai diesen Jahres beginnen, so Oelmann.

Dies beinhaltet die Errichtung eines Mischwasserka-

nals, eines Regenüberlaufs und eines „Drängewasserkanals“, der zum geplanten Hochwasserpumpwerk an der Ecke Grüngürtelstraße/Uferstraße führen soll. Laut Oelmann wird die Planung des Werkes noch in dieser Woche der Bezirksregierung vorgelegt. Ein Erörterungstermin könne noch vor der Sommerpause 2004 stattfinden.

Zudem würden im Auenviertel vor der Baumreihe am Rhein so genannte „Spundwände“ 15 Meter tief in den Boden gerammt werden. Diese aus Blech und Stahl bestehenden Wände sollen den Dichtungskern für den zukünftigen Deich bilden. Oelmann hofft, den ersten Bauabschnitt bis Mitte 2005 abgeschlossen

zu haben. Danach wäre das Auenviertel vor einem Pegelstand bis 9.40 Meter geschützt. Da in einem Zuge die Kanäle gelegt und die Spundwände gesetzt werden, spart die Steb zudem rund 700 000 Euro. Die BV begrüßte die angekündigten Pläne. Thomas Kahlix von den Grünen ist guter Dinge. „Man sieht, dass etwas passiert.“

■ Schutzdamm nicht Richtung Rhein

Auf allgemeines Unverständnis stieß allerdings die Botschaft, dass die von der BV bevorzugte Linienführung des Hochwasserschutzdammes am Weißer Bogen nicht umgesetzt werden könne. Sie

sei gemäß eines Beschlusses der Bezirksregierung nicht „genehmigungsfähig“. So soll der Schutzdamm nicht Richtung Rhein, sondern näher an die Häuser des Malerviertels gebaut werden. Als Grund gab Oelmann an, dass die gewünschte Linie durch „ein ganz klares und gesetzlich festgelegtes“ Überschwemmungsgebiet führe. Und innerhalb dieser Fläche darf nicht gebaut werden.

Die Kommunalpolitiker reagierten sauer. Warum, so die allgemeine Frage, würden hier nicht die Interessen der Bevölkerung im Vordergrund stehen? Oelmann kündigte an, dass Ende März ein Erörterungstermin dazu stattfinden wird.